



Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband

AKTUELL

SoVD im Gespräch mit Ministerin Ross-Luttmann

Ein erstes Kennen lernen mit der Sozialministerin Ross-Luttmann und dem SoVD Niedersachsen fand am 24. Mai 2006 im Niedersächsischen Ministerium statt. Neben dem allgemeinen Austausch aktueller Themen standen das mit dem Land Niedersachsen in der Planung befindliche Modellprojekt einer trägerunabhängigen Pflegeberatung, die Föderalismusreform und die Umsetzung eines niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen im Mittelpunkt des Gesprächs.

Die Ministerin stellte als ihre zukünftigen Arbeitsschwerpunkte die Familien- und Seniorenpolitik in den Vordergrund. Deshalb sei das SoVD-Modellprojekt „Case und Care Management im Rahmen einer trägerneutralen Pflegeberatung“ notwendig, das das Land finanziell fördert, sofern die Spitzenverbände der Pflegekassen ihrerseits eine anteilige Förderung zusagen. Als weiteren Baustein für den Grundsatz „ambulant vor stationär“ unterstützt ein Pflegezeitgesetz, so der 1. Landesvorsitzende Adolf Bauer. Gemeinsam mit der Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses, Edda Schliepack, stellte er die Überlegungen des SoVD für ein Pflegezeitgesetz vor, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbes-

sern. Die Ministerin zeigte sich sehr interessiert an einem solchen Pflegezeitgesetz.

Hinsichtlich der Föderalismusreform und Übertragung des Heimrechts in die Zuständigkeit der Länder äußerte die Ministerin fachliche Bedenken. Der SoVD hingegen fürchtet im Zuge der Föderalismusreform, dass die Übertragung des bundeseinheitlichen Heimrechts auf die Länder zu weiteren Qualitätsverlusten führen wird. Angesichts der schwierigen Finanzlage des Landes Niedersachsen und der Kommunen besteht die Gefahr, dass heimrechtliche Vorgaben und Standards aus Kostengründen abgesenkt werden. „Menschenwürdige Pflege darf jedoch keine Frage der Finanzkraft der Länder werden“, erklärte Adolf Bauer.

Für das Landesblindengeld gibt es nun Gewissheit. Ab 2007 wird es wieder gezahlt. „Nach langen Debatten hat die CDU-Landtagsfraktion entschieden, zum einkommensunabhängigen Landesblindengeld zurückzukehren“, so die Ministerin. Nach dem neuen Beschluss erhalten Blinde, die 25 Jahre und jünger sind, einen monatlichen Betrag von 300 Euro. Alle älteren Blinden bekommen 220 Euro im Monat. Gleichzeitig wird der Blindenhilfefond mit einer Million Euro fortgeführt. Der Landes-



Gespräch im niedersächsischen Sozialministerium: v. r. SoVD-Präsident Adolf Bauer, Ministerin Mechthild Ross-Luttmann, Landesvorsitzende Edda Schliepack, Abteilungsleiterin Maika Janßen, Landesgeschäftsführer Dirk Swinke

blindenvorstand wird das Volksbegehren zur Wiedereinführung des Blindengeldes abgeben. Der SoVD sieht diesen Kompromiss als Erfolg, da neben pauschalen Leistungen auch zielgerichtete Hilfen aus dem Blindenhilfefond durch den Blindenverband bestritten werden können. „Wir gehen davon aus, dass die Entscheidung der Landesregierung Signalcharakter für andere Bundesländer hat und ein wei-

terer Abbau von Nachteilsausgleichen nunmehr ein Ende hat“, so Bauer. Auch die Ministerin zeigte sich erleichtert über den gefundenen Kompromiss.

Abschließend gaben Adolf Bauer und Landesgeschäftsführer Dirk Swinke der Ministerin die Probleme in der Förderung der Berufsförderungsstellen und der Veränderungen bei den Integrationsfachdiens-

ten als Hausaufgabe mit auf den Weg.

Zum Abschluss sagte die Ministerin: „Das wird ganz bestimmt nicht unser letztes Gespräch gewesen sein“ – die Teilnehmer des SoVD Niedersachsen hörten es gerne und erklärten, dass sich der größte Sozialverband in Niedersachsen auch weiterhin aktiv und gestaltend in die politische Diskussion einbringen wird.

Paritäten und SoVD Niedersachsen intensivieren ihre Gespräche

Zu einem weiteren Spitzengespräch kamen die beiden Vorstandsvorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen, Cornelia

Rundt und Günter Famulla, in die Landesgeschäftsstelle des SoVD Niedersachsen.

Die Spitzen beider Verbände

diskutierten sehr eingehend die aktuelle politische Lage in Deutschland sowie die derzeitige sozialpolitische Ausrichtung in Niedersachsen.

Die im Zuge der Föderalismusreform geplante Übertragung der Gesetzgebungskompetenz für das Heimrecht auf die Länder wurde erörtert. Adolf Bauer erläuterte seine Bedenken, nämlich dass angesichts der schlechten finanziellen Situation der öffentlichen Hand die bisher geltenden Pflegestandards zu Ungunsten der Betroffenen abgesenkt werden könnten. Die Überlegungen einzelner Bundesländer, die Fachkraftquote weiter zu senken oder Hilfskräfte auf diese Quote anrechnen zu lassen, bestätigten diese Befürchtungen.

Adolf Bauer stellte die Vorstellungen zu einem Landesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen dar. Insbesondere betonte er die Notwendigkeit, die Einrichtung von Behindertenbeauftragten und -beiräten in den Kommunen in das Gleichstellungsgesetz aufzunehmen.

Das Thema Pflege war ein weiteres Thema, das in diesem Spitzengespräch eingehend

erörtert wurde. Landesgeschäftsführer Dirk Swinke wies darauf hin, dass besonderes Anliegen des SoVD die Stärkung der häuslichen Pflege sei und erläuterte die Pläne des SoVD für ein Pflegezeitgesetz. Mit diesem Gesetz sollen pflegende Angehörige das Recht auf Freistellung von ihrer Beschäftigung für die Dauer von sechs Monaten erhalten. In dieser Zeit haben sie die Möglichkeit, die Pflege ihrer Angehörigen zu organisieren oder sie im Sterbeprozess zu begleiten.

Abschließend stellte Dirk Swinke die Unterstützung des SoVD zum Volksbegehren zur Einführung des Blindengeldes dar. Hier ist es zwischenzeitlich zu einer Einigung des Blindenverbandes mit der Landesregierung über die Wiedereinführung des Landesblindengeldes gekommen.

Beide Verbände bekundeten den begonnenen Erfahrungsaustausch nicht nur fortzusetzen, sondern insgesamt noch enger zusammenzuarbeiten.



Engere Zusammenarbeit: Paritäten Niedersachsen und SoVD Niedersachsens trafen sich im SoVD-Haus in Hannover